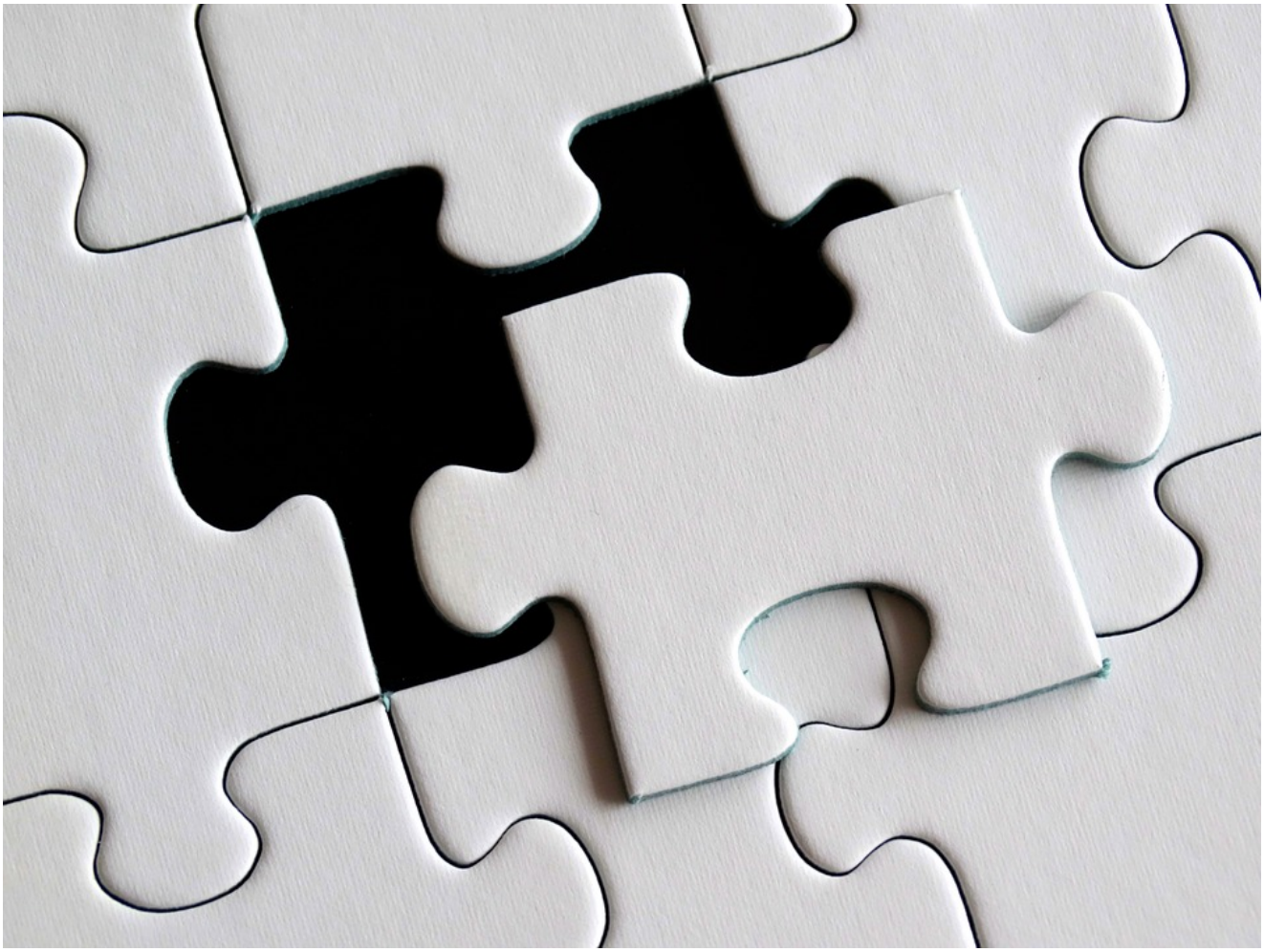
Initiative beklagt einseitiges Bild von Muslimen

26. Februar 2019



Berlin (KNA) Die „Initiative säkularer Islam“ hat die Zusammenarbeit der Politik mit Vertretern des politischen Islam kritisiert. „Das Bild der Muslime, das Bild der Menschen aus muslimischen Ländern ist so viel bunter, als wir das aktuell durch diese großen Verbände und Moscheegemeinden sehen“, erklärte die Anwältin und Mitinitiatorin, Seyran Ates, am Sonntagabend in Berlin. Das Bündnis wolle die Vielfalt des Islam und der Muslime zeigen und die Debatte auf eine andere Ebene bringen.

Prominente Muslime hatten die Initiative anlässlich der vierten Arbeitsphase der Deutschen Islamkonferenz im November 2018 gegründet. Zu den Initiatoren zählen etwa die Anwältin Seyran Ates, der Psychologe Ahmad Mansour, der Politikwissenschaftler Hamed Abdel-Samad, die Soziologin Necla Kelek und Grünen-Politiker Cem Özdemir.

In ihrem Gründungsdokument fordern sie ein zeitgemäßes Islamverständnis. Die Initiatoren bekennen sich zu einer weitgehenden Trennung von Religion und Staat. Als Bürger einer demokratischen Gesellschaft teilten Muslime die gleichen Rechte und Pflichten wie alle

anderen Bürger. Die Anerkennung der Islamverbände als Körperschaften des öffentlichen Rechts lehnen sie indes ab: „Wir wollen uns nicht abfinden mit der wachsenden Macht eines demokratiefernen, politisierten Islams, der die Deutungshoheit über den gesamten Islam beansprucht."

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) betonte bei der Diskussion in Berlin, die Politik wolle Akteure unterstützen, die für einen säkularen Islam eintreten. Auf der Suche nach institutionalisierten Ansprechpartnern sei der Staat meist bei den Verbänden und zu oft auch bei Radikalen gelandet. Es gelte, einen Islam zu ermutigen, der nicht ins Politische übergreife und keinen Alleinvertretungsanspruch für sich reklamiere.

Bislang habe sich kein Islam mit Institutionen und Vereinen entwickelt, der sich als deutsche Moscheegemeinde präsentiere, sagte Spahn. Die Gemeinden verstünden sich vielmehr als türkische, saudische oder marokkanische Moscheegemeinden und würden oft entsprechend finanziert. Entscheidend sei, wie sich die Initiative entwickele und wie viele Menschen sich beteiligten, damit sie „legitimiertes Sprachrohr jenseits der Verbände" sein könne.

(KNA – tkmmp-89-00024)

Stand: 16. November 2026